

gelesen

Aschot Manutscharjan

Herausbildung der Demokratie und ihre Gefährdung

Gero Erdmann/Marianne Kneuer (Hrsg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2009, 340 Seiten, 59,00 Euro.

Oliver Jens Schmitt: Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft. Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar 2008, 393 Seiten, 24,90 Euro.

Jens Becker/Achim Engelberg (Hrsg.): Serbien nach dem Krieg. Edition Suhrkamp. Frankfurt am Main 2008, 355 Seiten, 13,00 Euro.

Gilles Kepel: Die Spirale des Terrors. Der Weg des Islamismus vom 11. September bis in unsere Vorstädte. Piper Verlag, München 2009, 360 Seiten, 22,95 Euro.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus diskutierten Politikwissenschaftler mehr als ein Jahrzehnt über die friedliche „Transformation“ und

den „Systemwechsel“ in den osteuropäischen Staaten. Im Zuge der Vorbereitung des Irak-Krieges wandte die US-Regierung den Begriff *regime change* – allerdings in der Bedeutung eines mit militärischen Mitteln durchgesetzten Regierungswechsels – auch auf den Mittleren Osten an. Es ging darum, neben dem Irak den gesamten Nahen und Mittleren Osten zu „demokratisieren“.

In dem von Marianne Kneuer und Gero Erdmann herausgegebenen Sammelband beschäftigen sich die Autoren mit den verschiedenen Aspekten des „Exports der Demokratie“ aus Sicht der Politikwissenschaft. Bei den externen Faktoren der Demokratisierung beziehungsweise Demokratieförderung handle es sich zwar um kein neues Phänomen, aber um eines, das lange Zeit nicht auf der Agenda gestanden habe und deshalb einer praxisorientierten, systematischen Erforschung bedürfe.

Im Einzelnen fordert die Erfurter Politikwissen-

schaftlerin Marianne Kneuer, den verbreiteten „neutralen“ Begriff „Systemwechsel“ aufzugeben,

da Systemwechsel auch die Umgestaltung eines demokratischen in ein autokratisches Staatswesen bedeuten könnte.

Zugleich sei der Begriff „Transformation“ zu allgemein, da er sich nicht nur auf politische, sondern auch auf wirtschaftliche Umwandlungsprozesse beziehe. Kneuer spricht deshalb lieber von Demokratisierung als einem „ergebnisoffenen Prozess der Herausbildung eines demokratischen Systems“.

Neben den Beiträgen von Kneuer, Lauth und Pickel leistet der Aufsatz „Demokratie ‚durch‘ Krieg“ des Berliner Politikwissenschaftlers Wolfgang Merkel einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Diskussion über die politische Entwicklung im Irak und in Afghanistan. Führen Demokratien weniger Kriege als autokratische Regierungssysteme? Eindeutig nein, bilanziert Merkel. Denn auch Demo-

kratien initiierten Angriffs-kriege. Besonders aktiv seien auf diesem Gebiet Frankreich und Großbritannien, aber auch die Hegemonialmacht USA: Zwischen 1946 und 2004 gingen die USA vierzehnmal, Frankreich achtmal und Großbritannien siebenmal militärisch gegen andere Staaten vor. Diese Kriege hätten sich nicht selten als Geburtshelfer von Demokratien erwiesen: Denn nur eine Niederlage zwinge autokratische Regime zum Verzicht auf die Macht. Allerdings zweifelt Merkel an der Stabilität der auf Gewalt gegründeten Demokratien. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Amerikaner und Briten nach der Eroberung des Irak zu einer „gerechten Besatzung“ verpflichtet seien. Zugleich lässt der Autor keinen Zweifel daran aufkommen, dass ein frühzeitiger Abzug eine „flagrante Verletzung“ der Nachkriegspflichten darstellt.

Ungelöste Kosovo-Frage

Zum Kosovo-Konflikt und den militärischen Aus-einandersetzungen auf dem Balkan sind bislang nur wenige Bücher auf Deutsch erschienen. Umso mehr Aufmerksamkeit verdient die gründliche Studie des Historikers Oliver Jens Schmitt. Zum ersten Mal wird hier

umfassend über die Geschichte und Gegenwart der umkämpften „zentralbalkanischen Landschaft“ berichtet. Den serbischen und albanischen Nationalisten dürfte das Buch kaum gefallen, denn der Autor versucht, beiden Parteien Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, indem er „jede Einseitigkeit“ zu vermeiden sucht. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass er beiden Völkern ein „historisches Recht“ auf die frühere serbische Provinz zugesetzt.

Der Autor lehrte an den Universitäten München, Bern und zuletzt an der Diplomatischen Akademie in Wien, bevor er sich daranmachte, einen analytischen Abriss der Geschichte des Kosovo als einer zentralbalkanischen Landschaft zu verfassen. Wie der Untertitel sagt, geht es ihm um mehr als nur um die Darstellung eines spezifischen Territoriums. Denn das Kosovo existiert in seinen heutigen Grenzen erst seit 1945.

Die Geschichte des Kosovo werde von Serben und Albanern derart unterschiedlich wahrgenommen, dass sich die konkurrierenden Interpretationen gegenseitig ausschlössen, betont der Autor. Zudem versuchten sie, die jeweils andere Gruppe zu marginalisieren und – schlimmer noch – zu diskreditie-

ren, indem sie als unzivilisiert und gewalttätig charakterisiert werde. Erschwerend komme hinzu, dass beide Völker dem Kosovo in ihren jeweiligen Geschichtsbildern eine Schlüsselstellung zuschrieben und das Gebiet als die Wiege ihrer Kultur betrachteten. Das Ausland in Gestalt Albaniens gieße zusätzlich Öl ins Feuer: So gingen die Unruhen, die 1981 im Kosovo ausbrachen und die den späteren Widerstand entscheidend prägen sollten, auf Provokationen aus Tirana zurück. Ziel der albanischen Regierung war es, Jugoslawien weiter zu destabilisieren.

Tatsächlich trugen der NATO-Angriff und die Lösung des Kosovo aus der Umklammerung des Milošević-Regimes zur Demokratisierung der Provinz bei. Allerdings weist Schmitt auch darauf hin, dass es sich beim so genannten Sieg der Demokratie im Kosovo um Legendenbildung handele, da das Gebiet von „zivilgesellschaftlichen Strukturen noch entfernt“ sei und die „ethnische Homogenisierung“ bislang mehr Uniformität als Pluralität hervorbringe. Der Kosovo-Kenner empfiehlt, den Erklärungen und Versprechen der kosovarischen Politiker wenig Glauben zu schenken, vor allem wenn es um die Zu-

kunft des Kosovo im Allgemeinen und die Demokratie im Besonderen geht.

Folge man ihren Aussagen, entstehe im Kosovo eine multiethnische Gesellschaft. In diesem Zusammenhang macht der Autor deutlich, dass die kosovo-albanischen Politiker in der Regel auf zwei sehr unterschiedlichen Ebenen argumentieren: Da sie von westlichen Geldern und politisch-militärischer Unterstützung abhängig seien, erfüllten sie formal die politischen Vorgaben der Geberländer wie Demokratie, Multiethnizität, pluralistische Gesellschaft oder Marktwirtschaft. Diese Bekenntnisse würden in englischer Sprache abgegeben. An ihre eigenen Gesellschaften richteten dieselben Politiker jedoch ganz andere Botschaften, die „stets in den meisten westlichen Beobachtern verschlossenen Landessprache vorgetragen“ würden. Diese Feststellung treffe auch für Bosnien-Herzegowina zu: Dort sei die von amerikanischen und westeuropäischen Beobachtern gewünschte „multiethnische Gesellschaft“ eher eine Wunschvorstellung denn ein erreichbares Ziel, unterstreicht der Autor.

In seiner brillanten Analyse der kurzen Geschichte des internationalen Protektorats (1999 bis 2008) kommt Schmitt zu

dem Ergebnis, dass die Unabhängigkeit die einhundertjährige „Kosovo-Frage“ nicht lösen werde. Aufgeschlagen werde allenfalls ein weiteres Kapitel der serbisch-albanischen Konfrontation. Eine erneute Zuspitzung des Konflikts zwischen den beiden Nachbarvölkern könne nur die NATO verhindern, indem sie alle Balkan-Staaten als Mitglieder akzeptiere.

Serbisches Trauma

„Die Serben waren nach den Bosniaken, aber mit deutlichem Abstand zu diesen, Hauptverlierer der Kriege“, meint der Südosteuropa-Kenner Holm Sundhaussen. Allerdings erklärt er nicht, warum ausgerechnet die Bosniaken, die zum ersten Mal in der Geschichte in einem eigenen Staat leben dürfen, zu den Verlierern des auseinandergebrochenen Jugoslawien gehören sollen. Es trifft allerdings zu, dass sich die „hochgeschraubten Erwartungen“ der Serben im Zuge des Zerfallsprozesses in nichts aufgelöst haben.

In einem lesenswerten Sammelband legen zwölf deutsche, österreichische und serbische Autoren, Historiker und Politologen, Journalisten und Schriftsteller die wenig bekannte Entwicklung im Nachkriegs-Serben dar. Zu ihnen gehört der His-

toriker Aleksa Djilas, Sohn des Dissidenten Milovan Djilas. Ihn interessiert, warum viele serbische Intellektuelle so hartnäckig an ihrem Nationalismus festhielten. Dabei kommt der Belgrader zu dem Ergebnis, dass ein Großteil der Serben Angst davor hatte, die Leiden, die ihre Eltern und Großeltern während des Ersten und des Zweiten Weltkrieges erdulden mussten, aufs Neue ertragen zu müssen. Angesichts dieser historischen Erfahrungen bedeutete selbst für liberale Serben der Zerfall der jugoslawischen Föderation die Auferstehung eines verdrängten Traumas.

Als einen der „größten politischen Fehler“ Slobodan Miloševićs bezeichnet Djilas dessen Wunsch, als neuer Tito in die Geschichte einzugehen. Gleichwohl habe der Westen übers Ziel hinausgeschossen, indem er sich nicht nur gegen Milošević, „sondern auch gegen legitime nationale Interessen der Serben“ gewandt habe. Obwohl sich der Autor als Anhänger des europäischen Liberalismus bezeichnet, kritisiert er die demokratischen Staaten scharf dafür, dass sie das Blutvergießen in Jugoslawien nicht verhindert hätten. Indem die NATO im Kosovo gegen den „brutalen serbischen Nationalismus“ vorgegangen sei, habe sie den Sieg des alba-

nischen Nationalismus erst ermöglicht. Der Historiker Djilas ist davon überzeugt, dass die Serben ohne das Kosovo und seine Klöster „nicht nur geistig verarmen“ werden. Es werde jetzt auch sehr viel schwieriger, „sie für die moderne Demokratie zu gewinnen“.

Hier täuscht sich Djilas: Die militärische Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und der Verlust der deutschen Ostgebiete verhinderten nicht, dass in Westdeutschland die „moderne Demokratie“ ihren Siegeszug antrat. Aber nicht nur die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die serbische Realität selbst widerlegt die pessimistische Prognose Djilas': So konnten sich die pro-europäischen demokratischen Parteien zuletzt gegen die Nationalisten bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchsetzen. Die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union dürfte ebenfalls die Erfolgsaussichten der Nationalisten nachhaltig beeinträchtigen.

Spirale des Terrors

Gilles Kepel ist dem deutschen Leser bestens bekannt: Bislang veröffentlichte er hierzulande sieben Bücher über Islamismus und Terrorismus. Ein Qualitätsmerkmal seiner Bücher ist die inten-

sive Analyse arabischer Quellen, ein Pluspunkt, der ihn von vielen sogenannten „Terrorismus-Experten“ unterscheidet. Mit seiner neuen Studie will Kepel die Ereignisse vom 11. September 2001 sowie die Terrorakte in London, den Niederlanden und die Aufstände in den Pariser Vorstädten zueinander in Beziehung setzen. Dabei arbeitet er zwei „Große Erzählungen“ heraus: Die eine handelt vom „Terror“, die andere vom „Martyrium“. Dabei steht die eine „Erzählung“ für die Visionen der Politiker, die andere für das Programm der Terroristen.

Die „Große Erzählung“ von Osama bin Laden und dem „weltweiten Martyrium der Moslems“ gilt als gescheitert: Tatsächlich förderte der 11. September die Frustration in der Umma weit stärker als vom Terror-Paten erwartet. Zu Recht weist Kepel darauf hin, dass es Osama bin Laden nicht gelang, die eine Milliarde Moslems von seinem „Heiligen Krieg“ zu überzeugen. Nimmt man allein die Zahl der bei Terrorakten ermordeten Menschen, stellt man fest, dass das angestrebte Märtyrertum zu einem innerislamischen Bruderkrieg führte: Schiiten kämpfen gegen Sunniten, und radikale Islamisten gehen gegen gemäßigte Moslems vor.

Auch die Terroranschläge in Europa konnten bislang nur wenige Muslime und Konvertiten für das „Heilige Chalifat“ mobilisieren. Überzeugend widerlegt Kepel die Begründungen der „Multikulturalisten“ für die Attentate in Großbritannien und in den Niederlanden. Allerdings ist nicht nachvollziehbar, warum er meint, ausgerechnet London sei „am schlimmsten von islamischen Anschlägen getroffen“. Bekanntlich starben in den Madrider Vorortzügen viel mehr Menschen.

Interessant sind die Ausführungen des Autors in Bezug auf Frankreich: Kenntnisreich vermag er zu begründen, warum die „Grande Nation“ von der Welle des Dschihad verschont blieb, obwohl im Lande fünf Millionen Muslime leben. Mit Blick auf den algerischen Terrorismus Mitte der 1990er-Jahre habe sich Paris viel früher auf die Herausforderungen des Dschihad eingestellt. Am Ende offenbart der Autor seine eigene „Große Erzählung“: Die Europäer fordert er auf, sich zusammen mit dem islamischen Mittelmearraum – die Region reicht bis zu Levante und zum Golf – den Herausforderungen dieser Kultur zu stellen. Nur so könne der gemeinsame Untergang verhindert werden.